

Die Diskussion
in Deutschland
ist überfällig

Unter dem Dach einer nationalen Kultur

Jörg Schönbohm

Nach der heftig geführten Diskussion in der zurückliegenden Sommerpause zum Thema Rechtsextremismus ging es in der veröffentlichten Meinung der letzten Wochen um den Begriff der Leitkultur. Dabei wurde – politisierend – versucht, das Ingangkommen einer wichtigen Diskussion abzuwürgen. Die Polemik der Argumente reicht von einem „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ bis zur Frage, ob auch die Mickymaus-Kultur Entenhausens dazugehöre. Die heftigen Reaktionen auf den Begriff Leitkultur zeigen, dass offensichtlich ein Nerv getroffen ist. Diffamierung und ein Verächtlichmachen des politischen Gegners sind für ein demokratisches Gemeinwesen indes nicht hinnehmbar.

Es ist wohl so, wie der 1933 emigrierte deutsche Denker Helmut Plessner über die Deutschen festgestellt hat, dass wir „in Dingen des öffentlichen Lebens“ verständen, „kein rechtes Maß zu finden“, und dass wir „immer wieder dem Zauber extremer... Vergötterung oder... Verneinung“ verfielen.

Dieses zur Mahnung – es ist daher geboten, sachlich und unaufgereggt über Chancen und Risiken geregelter Zuwendung zu sprechen.

Die von der politischen Linken bewusst kalkulierte Vieldeutigkeit des Begriffes „multikulturell“ zielt auf eine Immunisierung gegen jedwede Kritik. Der Begriff soll eine „Aura ethischer Reinheit und Harmonie“ zwischen den Menschen verschiedener Nationalität und kultureller Herkunft stiften. Die

Multikulti-Debatte wird so von einem „Hochstand der Moral“ aus geführt mit originär deutscher Komponente. Nach dem Scheitern der klassenlosen Gesellschaft hat die Linke in Deutschland nach ‘68 nunmehr in der „multikulturellen Gesellschaft“ ihre neue utopische Zielprojektion entdeckt. Verstärkt wurde die „Neuorientierung“ auch durch den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Ost- und Südosteuropa und – damit verbunden – durch das Scheitern des „sozialistischen Menschenbildes“.

Die „multikulturelle Gesellschaft“ war zeitweise also Integrationsbegriff neu formierter, linker politischer Strategie. Schließlich bedurfte es einer Erweiterung der „Basis“, nachdem weder die „Arbeiterklasse“ noch die „Intellektuellen“ als „revolutionäres Subjekt“ den Linken in gewünschter Weise gefolgt waren. Die „multikulturelle“ Zuwanderung nach Deutschland ist nunmehr – erkennbar langfristig angelegt – gesellschaftliche Strategie linker Politik. 1989/90 stand die westdeutsche Linke, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der deutschen Einheit skeptisch bis ablehnend gegenüber, vielleicht, weil man eine Dominanz des bürgerlich-liberalen Lagers in ganz Deutschland ahnte. Die Ablehnung war mit der Befürchtung begründet, ein vereintes Deutschland würde eine stärker von nationalen Interessen geleitete Politik formulieren und damit in Widerspruch zu linken Emanzipationsvorstellungen geraten.

Als sich abzeichnete, die Einheit würde sich nicht mehr aufhalten lassen, wurde die „multikulturelle Gesellschaft“ von ihren Protagonisten zum Gegenentwurf gegen die „Gefahr“ eines neuerlichen deutschen Nationalismus aufgebaut.

Mit dieser „doppelten“ Ideologisierung der Ausländerpolitik geht die Instrumentalisierung in Deutschland lebender Ausländer für die politische Linke einher. Eine an Sachverhalten orientierte Ausländer- und Integrationspolitik ist damit kaum mehr möglich, sie soll es wohl auch nicht sein. Integrationspolitik hat die deutsche Leitkultur anzuerkennen, sich auf sie auszurichten, weil sie die Verfassung umfasst und damit das Spezifum der deutschen Nation.

Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid haben in ihrem 1993 erschienenen Buch *Heimat Babylon* eine linke Standortbestimmung der „multikulturellen Gesellschaft“ vorgelegt. Auf die von ihnen aufgeworfene Frage „Wem gehört Deutschland?“ bleiben sie die Antwort schuldig, wenn man von der gebetsmühlenartigen Wiederholung der Aussage „Deutschland ist ein Einwanderungsland“, und die „multikulturelle Gesellschaft“ werde es „so oder so“ geben absieht. Unerheblich, ob wir, die Deutschen, sie wollten oder nicht – „es geht nur darum, wie wir mit ihr umgehen“.

Was darunter zu verstehen ist und was eine „multikulturelle Gesellschaft“ für die vorhandene deutsche Kultur und Zivilisation bedeuten könnte, ist unmittelbar ableitbar. Unter der Überschrift „Die große Mobilmachung“ wird ausgeführt, dass die „multikulturelle Gesellschaft“ auf jeden Fall eine „Einwanderungs-Gesellschaft“ sei. Ziel sei weder „melting pot noch Vielvölkerstaat“, ein „Deutschland, das exklusiv den Deutschen gehört, aber auch nicht“.

Wenn Deutschland aber nicht mehr dem deutschen Staatsvolk „gehört“, wem

dann sonst? Den deutschen Staatsbürgern, sie sind der Souverän. So sieht das auch das Bundesverfassungsgericht. Erkennbar wollen beachtliche Teile der Linken, vor allem die PDS, eine „bloße Bevölkerungssouveränität“, um so die Volkssouveränität zu verdrängen.

Die PDS formulierte noch 1994: „Bürgerin oder Bürger... ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Staatenlose oder Staatenloser, Ausländerin oder Ausländer seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig ihren oder seinen ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland genommen hat. Die Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger bildet das Volk.“

Im Kern Desintegration

Mit der „multikulturellen Gesellschaft“ entsteht eine Gesellschaftsformation, deren Kern Desintegration ist. Dieser Gesellschaftsentwurf schafft eine Gesellschaft beliebig neben- und nicht miteinander lebender Volksgruppen und Kulturen ohne allgemein anerkannte Leitkultur und Wertorientierung. Dieser Entwurf zielt in Konsequenz auf die Aufgabe der deutschen Leitkultur zu Gunsten gleichrangiger Parallelgesellschaften ab oder nimmt sie doch billigend in Kauf.

Bekannt sind uns die Vorbilder: „Kommunen“ und „freie Assoziationen“, deren sozialer und politischer Halt eben nicht in einer verfassungsmäßig gesicherten Nation liegt. Darum überrascht es nicht, dass der ideengeschichtliche Bezug der „multikulturellen Gesellschaft“ in den politischen Theorien des Anarchismus, den verschiedenen Strömungen des Marxismus bis hin zu gemäßigten Sozialismusvorstellungen zu finden ist.

Die grundlegende Kultur in Deutschland ist die deutsche. Zu ihr gehören untrennbar Toleranz und ein Grundwertekanon, der sich im Laufe der Geschichte entwickelt hat und im Grundgesetz kodifiziert ist.

Die Notwendigkeit, über die Fragen ge- regelter Zuwanderung zu sprechen und sie zu einem Konsens zu führen, nimmt unter dem Einwanderungsdruck zu. Wie wollen wir, dass sich unser Land ent- wickelt? Wollen wir das deutsche Staats- volk als Träger unserer Verfassungsord- nung und unserer kulturellen Entwick- lung, oder wollen wir Beliebigkeit? Oder gibt es einen Nationalstaat – auch im zu- sammenwachsenden Europa – ohne Staatsvolk und ohne gemeinsame Kultur? Wie wollen wir fremde Menschen, die auf Dauer in Deutschland leben wollen, inte- grieren, wenn wir keine Vorstellung ha- ben, wie unser gemeinsames Zusam- menleben zu gestalten ist? Beliebigkeit und „everything goes“ sind auf keinen Fall eine Lösung. Wenn wir für unsere euro- päischen Partner berechenbar sein wollen, dann sollten wir uns zu unserer Nation, deren elementaren, auch legitimen Inter- essen und ihrer geschichtlichen Entwick- lung bekennen. Wir wie auch die übrigen immer wieder genannten Einwande- rungsländer müssen von den jeweiligen Zu- wanderern erwarten, dass sie die Be- sonderheiten des jeweiligen Einwande- rungslandes akzeptieren. Was in anderen Ländern selbstverständlich ist, sollte bei uns zumindest ernsthaft und ohne Diffamierung diskutiert werden.

Die Geringschätzung und eilfertige Preisgabe einer gefestigten deutschen po- litischen Kultur zu Gunsten eines illu- sionären, ja gefährlichen Multikulturalis- mus sind Ausdruck eines resignativen Geistes, geprägt von einer gebrochenen Identität.

Sie begründet als Folge der Verbrechen des Nationalsozialismus, den Verzicht auf alles Nationale „predigen“ zu müs- sen. Die einmal unterstellte Berechtigung dieser Auffassung wird jedoch durch kein historisches oder aktuelles Beispiel gestützt.

Mit der Aufgabe der Leitkultur etwa, auf deren Entwicklungen und historische

Erfahrungen unsere heutige Verfassung beruht, müsste notwendigerweise die Re- lativierung der Wertebestände verbun- den sein. Eine Werte-Beliebigkeit aber zöge ungeahnte und unkalkulierbare Ri- siken nach sich.

Risiken der Beliebigkeit

Der Weg der Beliebigkeit und des Neben- einanders verschiedener Sprachen und Kulturen ist in Teilen der USA gegangen worden: vom *melting-pot* zum *salad-bowl*. Dieses Experiment ist gescheitert, wie der Nestor der amerikanischen Soziologen, Arthur Schlesinger, die Folgen dieses Irr- weges in seinem programmatischen Buch *The Disuniting of America: Reflections on a Multicultural Society* beschrieben hat. Auch Bassam Tibi äußert sich sehr dezi- diert zu den Folgen:

„Bisher galt jeder Amerikaner – unab- hängig davon, welche Hautfarbe, Spra- che oder Religion er/sie hatte – eben als ‚American‘, der sich zu den verbindli- chen Werten des amerikanischen Ge- meinwesens bekannte. Mit der Ausbrei- tung der multikulturellen Ideologie und ihren Begleiterscheinungen der Werte- Beliebigkeit oder gar des Werte-Verlus- tes ist der bisherige Bürgerkonsens ge- fährdet. Neue Zuwanderer pflegen ihre ethnische Herkunft als Abgrenzung und konstruieren hierbei Kollektividitäten, die an die Stelle des *American Citizen* als Individuum treten. Im Falle dieser konstruierten ‚Wir-Gruppen‘-Identitäten handelt es sich um Bezüge auf *invented traditions* und *imagined communities*. So hat das reale Afrika mit dem Afrikabild der *Afro-American* wenig zu tun; ebenso ist der Islam der kommunitaristischen Bewegung ‚Nation of Islam‘ von Louis Farrakhan eine Identität, in der die aut- hentischen Muslime ihre Religion wieder erkennen.“

Wenn wir diese Entwicklung nicht wollen, dann müssen wir diese Heraus- forderungen, die von der Zuwanderung

ausgehen, erörtern und Lösungen anbieten.

Die Menschen brauchen eine Identität, wollen Gemeinsamkeit und Heimat. Sie bestimmt sich durch Sprache, Geschichte, Kultur und den gemeinsamen Rechtsrahmen. Die kulturelle Einheit und Übereinstimmung sind wichtiger als die Herkunft im Einzelnen. Eine Anerkennung der Leitkultur und deren Funktionen kann helfen, Unsicherheiten zu vermeiden, Gemeinsamkeiten aber zu unterstreichen. Die Auseinandersetzung mit der Leitkultur könnte uns Deutschen helfen, nach den Wirren des letzten Jahrhunderts zu uns selbst zu finden und zu begreifen, dass wir als wieder vereinte Nation auch eine besondere Verantwortung in Europa haben. Zu dieser Verantwortung gehört, auf den „deutschen Sonderweg“ zu verzichten, aber auch, sich wie andere Nationen zur eigenen Identität zu bekennen.

Politisches Ordnungssystem

Leitkultur ist der zentrale Begriff für eine Vorstellung, die sich so beschreiben lässt: Sie ist ein politisches und rechtliches Ordnungssystem, das es ermöglicht, quasi unter dem Dach einer (nationalen) Kultur ein bereicherndes Miteinander verschiedener fremder Kulturen zu leben. Darin sind auch die kulturellen Unterschiede innerhalb unserer Bundesländer eingeschlossen. Leitkultur ist die Alternative zur multikulturellen Gesellschaft. Letztere ist geprägt vom unverbundenen Nebeneinander verschiedener Kulturen, die unter allmählicher Auflösung ihrer Identitäten zu einem „Mischmasch“ der Kulturen gerinnen. Der Begriff der Leitkultur deutet auf die Notwendigkeit von Spielregeln hin. Sie regeln – unter Priorität inländischer Interessen – den Ausgleich zwischen den Erfordernissen der eigenen (nationalen) Identität und denen, die die anderen Kulturen und deren Identitäten mit sich bringen.

Leitkultur heißt nur in Deutschland „deutsche“ Leitkultur. In Frankreich gibt es eben eine „französische“ Leitkultur ebenso wie in Italien eine „italienische“. Stets verfügt die Leitkultur über Leitfunktion. Sie regelt den Vorrang der Interessen im Konfliktfall.

Konfliktfreies Zusammenleben

Leitkultur ist die Summe der in unserem Land über Jahrhunderte hin ausgeprägten Formen der christlich-abendländischen Traditionen. Diese haben Eingang in Verfassung und Gesetze ebenso gefunden wie in Sprache, Brauchtum und nichtkodifizierte Wertvorstellungen. Leitkultur hat darum in den Fällen, in denen Kulturen auf gleichen Traditionen gründen und benachbarte Verläufe genommen haben, geringere Bedeutung als bei fremden Kulturen. Leitkultur ist, bezogen auf die anderen Kulturen, nur im essenziellen Regelungsbereich dominant, um das konfliktfreie Zusammenleben des hier lebenden Ausländer mit dem Inländer zu regeln. Leitkultur ist ohne Ausformung der Integration nicht zu denken. Die Hilfe zur Integration ist dabei ebenso notwendig wie die Bereitschaft des zu Integrierenden. Eine Aufgabe seiner kulturellen Identität ist nicht Bedingung der Integration. Wo kulturelle Identitäten eine Integration verhindern, muss die Leitkultur Vorrang haben. Sie regelt die Bedingungen konfliktfreien Zusammenlebens. Leitkultur ist nicht mit Assimilierung gleichzusetzen. Sie beansprucht keine Alleinstellung.

In einem Land, in dem „alles“ Kultur ist, die wissenschaftlichen und künstlerischen Ausprägungen eher schon an den Rand der Wahrnehmung gerückt sind, in einem solchen Land kann ein „Leiten“, ein „Hinführen“ nur der missverstehen, dem die Befassung mit der Regelung der Zuwanderung aus anderen, aus politischen Gründen missfällt.